

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Flucht und Vertreibung der Deutschen im Unterricht angemessen behandeln

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Thema „Flucht und Vertreibung“ der Deutschen aus den Ostgebieten in den Lehrplänen angemessen zu behandeln, wobei Vertreibung im Unterricht als völkerrechtswidriger Akt darzustellen ist.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Das Bewusstsein für das Schicksal der deutschen Vertriebenen nimmt durch eine Verschiebung der bundesdeutschen Gedenkkultur, die die Deutschen nur als Täter einstuft, dramatisch ab. Andere Bundesländer, beispielsweise Niedersachsen, haben diese Schiefelage erkannt und das Thema Vertreibung zum Pflichtthema gemacht.

Eine moralische Legitimierung der Vertreibung durch vorhergehende Kriegereignisse, wie sie in den Schulbüchern festzustellen ist, bedeutet eine grundsätzliche Billigung von Flucht und Vertreibung als Mittel der Politik. Ein solches Werturteil darf Schülerinnen und Schülern nicht vermittelt werden.